



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreistag

Es informiert Sie:	Nico Hüsgen
Telefon:	02104/99-1223
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	nico.huesgen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 29.06.2022

Niederschrift

zur Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin Montag, den 20.06.2022, 16:45 Uhr

Sitzungsort Schauplatz Langenfeld, Hauptstraße 129, 40764 Langenfeld

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Eleonore Altvater
Nicole Anfang
Dr. Barbara Aßmann
André Bär
Andreas Benoit
Ina Besche-Krastl
Ina Bisani
Prof. Dr. Ralf Bommermann
Susanne Brandenburg
Annette Braun-Kohl
Marlon Buchholz
Heinrich Burghaus
Torsten Cleve
Detlef Ehlert
Souhaila El Ghanou
Sandra Ernst
Schabestan Gafari
Christian Gartmann
Alexandra Gräber
Dr. Tina Guenther
Tabea Haberpursch
Brigitte Hagling
Martina Hannewald

Nora Herrguth-Mertens
Thomas Hoffmann
Gabriele Hruschka
Rainer Hübinger
Dr. Bernhard Ibold
Rudolf Joseph
Marc Kammann
Andreas Kanschat
Dirk Kapell
Marion Klaus
Martina Köster-Flashar
Ilona Kückler
Thomas Küppers
Roman Lang
Nils Lessing
Gerd Lohmann
Gerd Lungen
Waldemar Madeia
Annette Mick-Teubler
Jörn-Eric Morgenroth
Klaus Müller
Laura Niehof
Dirk Niemeyer
Marcus Nüse
Birgit Onori
Renate Petschull
Anna Meike Reimann
Annerose Rohde
Helmut Rohden
Carola Rotert
Michael Ruppert
Peter Rusche
Sybille Schettgen
Rainer Schlottmann
Günter Schmickler
Manfred Schulte
Andreas Seidler
Siedi Serag
Dr. Norbert J. Stapper
Alexander Steffen
Margret Stolz
Mario Sülz
Udo Switalski
Elke Thiele
Peter Thomas
Hartmut Toska
Dietmar Viehöver
Ewald Vielhaus
Klaus-Dieter Völker
Dietmar Weiß
Axel C. Welp
Elizabeth Yeboah

(ab 16:57 Uhr)

Verwaltung

Maxine Dey
Annette Geißler
Philipp M. Gilbert
Nils Hanheide

Daniela Hitzemann
Nico Hüsgen
Dr. Stephan Kopp
Melina Korb
Marcus Kowalczyk
Britta Röschmann
Claudia Rügemer
Niklas Schlösser
Martin Schlüter
Christian Schölzel

Gäste

Karsten Kunert
Orion Raunig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.04.2022
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen des Kreisjugendrates
5. Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW
6. Umbesetzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien 01/016/2022
7. Besetzung des Anstaltsbeirates bei der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf in der 18. Wahlperiode des Landtages NRW 01/017/2022
8. Fortführung des „Expat Service Desk ME&DUS“ in gemeinsamer Trägerschaft mit der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf sowie der Landeshauptstadt Düsseldorf in den Jahren 2023-2027 10/012/2022
9. Steuerliche Angelegenheiten: Umsetzung §2b UStG 20/005/2022
10. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis über die Erteilung von Erlaubnissen und Ausnahmegenehmigungen für die Durchführung von Großraum- und Schwertransporten 36/001/2022

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 11. | Fünfte Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen vom 18.12.2008 (Taxi-Tarif-Verordnung) | 36/003/2022 |
| 12. | Radverkehrskonzept Kreis Mettmann - Abschlussbericht | 61/022/2022 |
| 13. | Änderung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann; Umsetzung von Maßnahmen zur Angebotsverbesserung im ÖPNV in Langenfeld | 61/018/2022 |
| 14. | Prüfergebnis der Verwaltung zur Planung des Radweges entlang der L 239 zwischen Mettmann und Ratingen durch den Kreis Mettmann | 61/033/2022 |
| 15. | Einsatz von Naturschutz-Rangern im Kreis Mettmann hier: Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen | 61/034/2022 |
| 16. | Förderprogramm Stecker-PV-Anlagen im Kreis Mettmann | 71/004/2022 |
| 17. | Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Caritasverband für den Kreis Mettmann
- Caritas Stromsparcheck | 71/005/2022 |
| 18. | Begrünung von Bushaltestellen
Hier: Anregung vom 05.12.2021 gemäß § 21 KrO NRW i.V.m § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates | 01/007/2022/1 |
| 19. | Änderung der Satzung des Jugendrates des Kreises Mettmann (Kreisjugendrat)
Hier: Anregung vom 26.04.2022 gemäß § 21 KrO NRW i.V.m § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates | 01/013/2022 |
| 20. | Nachträge | |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 21. | Informationen der Verwaltung | |
| 22. | Raumschaffungs- und -nutzungskonzept Kreisverwaltung 2030-2035
- Erstellung einer Konzeption
- Befristete Anmietung Timocom-Gebäude in Erkrath für das Gesundheitsamt | 10/016/2022 |
| 23. | Nachträge | |

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung und informiert, dass der öffentliche Teil dieser Kreistagsitzung live in die Öffentlichkeit gestreamt werde. Bis auf zwei Personen haben alle Anwesenden der Übertragung ihrer Person zugestimmt; allerdings könne jedes Kreistagsmitglied diese Zustimmung ad-hoc – durch Zeigen einer auf den Plätzen ausliegenden roten Karte – widerrufen. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit fest. KA Werner, KA Köpp, KA Bösel, KA Diedrich, KA Janssen, KA Kirchhoff, KA Freitag, KA Roeloffs, KA Brixius, KA Pollmann sowie KA Geyer fehlen entschuldigt. Alsdann stellt Landrat Hendele die Beschlussfähigkeit fest. Zudem entschuldigt er Frau Pilz und Frau Frindt-Poldauf für diese Sitzung. Abschließend stellt Landrat Hendele die Tagesordnung fest.

Darüber hinaus bringt Landrat Hendele seine Freude über die Sitzungsteilnahme und damit verbundene voranschreitende Genesung von Herrn stellv. Landrat KA Ruppert zum Ausdruck.

Ferner berichtet Landrat Hendele, dass für die papierbeziehenden Mitglieder die Anlage zu TOP 6 „Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien“ an den Plätzen ausliege. Für die digital arbeitenden Mitglieder sei die Anlage im Kreistagsinformationssystem veröffentlicht worden beziehungsweise über mandatos abrufbar.

Landrat Hendele gratuliert KA Schlottmann nachträglich herzlich zu seinem Geburtstag. Statt eines persönlichen Geschenks ist wunschgemäß eine Spende in seinem Namen an den Verein „BildungsBrückenBauen“ erfolgt.

Des Weiteren verabschiedet Landrat Hendele Herrn KA Schulte, welcher sein Kreistagsmandat mit Wirkung zum 01.07.2022 niedergelegt hat. In diesem Kontext blickt Landrat Hendele auf die Kreistagstätigkeit von KA Schulte seit 2004 und die damit verbundenen vielfältigen Gremienmitgliedschaften sowie den SPD-Fraktionsvorsitz seit 2012 zurück. Daran anschließend verabschiedet KA Madeia – auch im Namen der Fraktionen, Gruppe und Einzelmitglieder des Kreistages – Herrn KA Schulte mit persönlichen Worten und hebt die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihm hervor. Sowohl Landrat Hendele als auch KA Madeia bringen ihren Dank durch ein Präsent zum Ausdruck.

Anschließend verabschiedet sich KA Schulte mit einer Rede. Dabei schaut er auf sein Wirken im Kreistag zurück und hebt die Bedeutung interkommunaler Zusammenarbeit hervor. Abschließend dankt er Landrat Hendele, der Verwaltung und allen Kreistagsmitgliedern und wünscht alles Gute.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.04.2022

KA Ernst weist auf das Fehlen eines Satzteils auf Seite 5 der Niederschrift vom 07.04.2022 hin. Landrat Hendele sagt zu, die fehlenden Worte „*erweitert worden sei*“ zu ergänzen.

Im Übrigen wird die Niederschrift über die Sitzung vom 07.04.2022 genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Keine.

Zu Punkt 4: Informationen des Kreisjugendrates

Herr Raunig berichtet, dass der Kreisjugendrat erfolgreich eine Aktion zur Landtagswahl durchgeführt habe. Viele Jugendliche seien erreicht und – hoffentlich – zur Stimmabgabe motiviert worden. Die Aktion des Kreisjugendrates habe auch an Aktionen vieler anderer Jugendgremien in ganz Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl angeschlossen. Überdies hege der Kreisjugendrat auch prinzipiell einen regen Austausch mit den nordrhein-westfälischen Jugendgremien. Herr Raunig berichtet weiter, dass der Kreisjugendrat Anfang Juni am „Workshop unter Palmen“ in Herne teilgenommen habe. Dieser Workshop sei eine Jahrestagung aller Kinder- und Jugendgremien in Nordrhein-Westfalen, welcher zum Ziel habe, die Kinder und Jugendlichen besser auf ihre politische Arbeit vorzubereiten. Mit Blick auf die begrenzte Teilnehmerzahl bei diesem Workshop, versuche der Kreisjugendrat nun ein ähnliches Angebot für alle seine Mitglieder zu organisieren. Des Weiteren habe der Kreisjugendrat Mitglieder für den Kinder- und Jugendrat Nordrhein-Westfalen, welcher den Dachverband aller Jugendbeteiligungsgremien in Nordrhein-Westfalen bilde, gewählt, wodurch auch neue Vernetzungsmöglichkeiten für den Kreisjugendrat geschaffen werden. Leider habe Dominik Budysh sein Amt als Sprecher des Kreisjugendrates aus persönlichen Gründen niedergelegt, was von allen Mitgliedern des Kreisjugendrates sehr bedauert werde. Hieraus resultiere auch der Umstand einer Nachwahl in der kommenden Sitzung des Kreisjugendrates. Abschließend lädt Herr Raunig alle Kreistagsmitglieder ein, an der nächsten Sitzung des Kreisjugendrates am 22.06.2022 teilzunehmen.

Zu Punkt 5: Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW

Landrat Hendele stellt fest, dass ihm keine schriftlichen Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vorliegen. Er fragt, ob Einwohnerinnen und Einwohner anwesend sind, die Fragen stellen möchten. Dies ist nicht der Fall.

Zu Punkt 6: Umbesetzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien - Vorlage Nr. 01/016/2022

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die Wahlvorschläge für die Umbesetzungen an den Plätzen ausliegen beziehungsweise digital im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung stehen. Er fragt, ob weitere Umbesetzungsbedarfe bestehen. Dies ist nicht der Fall.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Wahlvorschlag – getrennt nach Ziffern – abstimmen.

Wahl:

1. **Herr Andreas Badry** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Frau Sonja Uhlig** in die Meinungsbildungskonferenz der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter ME-aktiv gewählt.
2. **Herr Maurice Reinhardt** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Herrn Andreas Badry** in die Meinungsbildungskonferenz der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter ME-aktiv gewählt.
3. **Herr Kreiskämmerer Christian Schölzel** wird als stellvertretendes Mitglied in den Aufsichtsrat der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH gewählt.

4. **Herr Kreisdirektor Philipp Gilbert** wird als ordentliches Mitglied und Nachfolger für **Herrn Landrat Thomas Hendele** in die Verbandsversammlung des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein gewählt.
5. **Herr Kreiskämmerer Christian Schölzel** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Herrn Kreisdirektor Philipp Gilbert** in die Verbandsversammlung des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

(bei Nicht-Teilnahme von Landrat Hendele an der Abstimmung zu den Ziffern 1 und 2)

**Zu Punkt 7: Besetzung des Anstaltsbeirates bei der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf in der 18. Wahlperiode des Landtages NRW
- Vorlage Nr. 01/017/2022**

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Wahlvorschlag abstimmen.

Wahl:

Der Kreistag schlägt für die Ernennung durch die Anstaltsleitung in den Anstaltsbeirat bei der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf folgende Mitglieder vor:

2 ordentliche Mitglieder

1. Nils Hanheide
2. Martin Klemmer

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 8: Fortführung des „Expat Service Desk ME&DUS“ in gemeinsamer Trägerschaft mit der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf sowie der Landeshauptstadt Düsseldorf in den Jahren 2023-2027
- Vorlage Nr. 10/012/2022**

KA Köster-Flashar berichtet.

KA Kuchler fragt, aus welchen konkreten Branchen die Menschen kommen, welche die Beratungsgespräche in Anspruch genommen haben.

Landrat Hendele sagt eine Beantwortung der Frage zur Niederschrift zu.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1.
Das Expat Service Desk ME&DUS (ESD) wird in gemeinsamer Trägerschaft mit der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf sowie der Landeshauptstadt Düsseldorf beginnend im 2. Halbjahr 2023 fortgeführt.

2.

Das jährliche Gesamtbudget wird zu gleichen Teilen von den Projektpartnern getragen. Hierzu stellt der Kreis Mettmann pro Projektjahr 77.350 EUR (65.000 EUR plus MwSt.) zur Verfügung.

3.

Der ESD ist für diesen Zeitraum weiterhin in den Räumlichkeiten der IHK angesiedelt und mit zwei Projektstellen ausgestattet. Vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Gremien der IHK ist vorgesehen, dass der ESD ab dem 01.07.2023 organisatorisch der IHK zugeordnet wird, nachdem er zuvor für vier Jahre dem Kreis Mettmann und drei Jahre der Landeshauptstadt Düsseldorf zugeordnet war.

4.

Die Gültigkeit des Beschlusses steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Entscheidungsgremien der beiden weiteren Projektpartner.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Nachrichtlich:

Die zugesagte Auflistung ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Zu Punkt 9: Steuerliche Angelegenheiten: Umsetzung §2b UStG - Vorlage Nr. 20/005/2022
--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Der Kreistag unterstützt das Verwaltungsziel, die neuen Regelungen zur Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand, genauso wie alle anderen Steuerangelegenheiten, ordnungsgemäß und vorbildlich zu bearbeiten und dazu ein Tax Compliance Management System einzuführen. Die Einführung soll insbesondere folgende strategische Verwaltungsziele unterstützen:
 - Vermeidung von außerplanmäßigen Haushaltsbelastungen durch Steuernachzahlungen oder Strafzahlungen für fahrlässig hinterzogene Steuern
 - Vermeidung von Reputations- und Imageschäden aufgrund der Missachtung von steuerlichen Pflichten
 - Nutzung von Chancen durch zulässige steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten im Hinblick auf Vorsteuerabzugspotenziale bzw. allgemein im Hinblick auf Steuererstattungsansprüche (Aktive Steuergestaltung).
2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, einen jährlichen Bericht über die Aktivitäten und Entwicklungen im Rahmen des Tax Compliance Management Systems dem Kreisausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10:	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis über die Erteilung von Erlaubnissen und Ausnahmegenehmigungen für die Durchführung von Großraum- und Schwertransporten - Vorlage Nr. 36/001/2022
---------------------	--

Herr Hanheide berichtet in Vertretung für den in der Sitzung nicht anwesenden Berichterstatter des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz – KA Brixius – über die Beratungsfolge der Vorlage.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage als Entwurf beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Erteilung von Erlaubnissen und Ausnahmegenehmigungen im Bereich Großraum- und Schwertransporte mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 11:	Fünfte Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen vom 18.12.2008 (Taxi-Tarif-Verordnung) - Vorlage Nr. 36/003/2022
---------------------	---

Herr Hanheide berichtet in Vertretung für den in der Sitzung nicht anwesenden Berichterstatter des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz – KA Brixius – über die Beratungsfolge der Vorlage.

In Bezug auf § 2a Absatz 3 der Verordnung weist er auf die zusätzliche Aufnahme eines Klammerzusatzes hin, in welchem auf eine Allgemeinverfügung der Bezirksregierung hingewiesen werde. Der bisherige Regelungsgehalt bleibe davon unberührt.

Die Mitglieder des Kreistages erheben gegen das geplante Vorgehen keinen Widerspruch.

KA Madeia begrüßt diese Vorlage. Es sei ein richtiges und wichtiges Zeichen in Richtung der Taxiunternehmen, da damit unter anderem versucht werde, dem Umstand der steigenden Kraftstoffpreise und des steigenden Mindestlohns Rechnung zu tragen. Mithin handele es sich um einen pragmatischen und praktikablen Weg.

KA Kuchler bestätigt, dass die Taxiunternehmen in der letzten Zeit sehr gelitten haben. Dennoch stuft sie die angedachte pauschale Erhöhung als sehr ungünstig ein, denn auch die Bürgerinnen und Bürger seien von gestiegenen Kosten betroffen und werden in der Folge dieser pauschalen Erhöhung kürzere Strecken eher nicht mehr mit dem Taxi fahren. Aus ihrer Sicht wäre eine gestaffelte Erhöhung der Taxipreise je nach Länge der Strecke sinnvoll gewesen. Sie werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Fünfte Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen vom 18.12.2008 wird in der Fassung der beigefügten *Anlage 1* beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

(bei Enthaltungen von KA Kuchler und KA Onori)

Zu Punkt 12: Radverkehrskonzept Kreis Mettmann - Abschlussbericht - Vorlage Nr. 61/022/2022
--

KA Morgenroth berichtet aus der Sitzung des Mobilitätsausschusses vom 16.05.2022, dass der Fachausschuss das nach fast 2-jähriger Erarbeitungsphase vorgelegte Konzept wohlwollend zur Annahme im Kreisausschuss empfohlen habe. Bei der Umsetzung des Konzeptes könne man bei den Kreisstraßen vorbildhaft vorgehen. Zudem wäre es wünschenswert, wenn der Kreis die kreisangehörigen Städte praktisch begleiten und vor allem im Blick auf Fördermöglichkeiten beraten könne.

Landrat Hendele ergänzt, dass der Kreisausschuss dem Konzept in seiner Sitzung am 13.06.2022 einstimmig zugestimmt habe. In der Tat sei ein bedeutendes Grundlagenwerk entstanden, in das nicht nur alle kreisangehörigen Städte, sondern auch die Nachbarstädte eingebunden waren. Auf 12 Straßenbaulastträger verteile sich nun die Umsetzungsarbeit, wobei zu beachten sei, dass für Planung und Bauausführung jeweils schwierige finanzielle und personelle Rahmenbedingungen in den verschiedensten Bereichen bestünden.

KA Küppers kündigt für seine Gruppe heute die Ablehnung des Konzeptes an. Nach Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern habe sich bei der Gruppe PIRATEN eine kritische Einstellung gefestigt. Zur Begründung führt er an, dass zu oft die parallele Nutzung von Straßen und Radwegen angestrebt würde, was absehbar zu Konfliktsituationen führen werde. Straßen- und Radverkehr sollen stärker entkoppelt werden; es würden weitere autofreie Trassen wie der Panoramaradweg Niederbergbahn gebraucht. Das Konzept berücksichtige zudem nicht hinreichend die für den Radverkehr herausfordernde Topographie im Nordkreis. Die Ablehnung des Konzeptes durch die Gruppe PIRATEN sei als Aufforderung gemeint, u.a. schnellere Trassen, passendere Städteverbindungen und weitere Panoramaradwege zu schaffen.

Die Ausführungen von KA Küppers lösen Widerspruch und heftige Kritik auf breiter Basis aus.

KA Ernst hält die Ablehnung für kurzsichtig und betont, dass die Fraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN für das ausgezeichnete Konzept sehr dankbar sei. Es bilde eine gute Basis für bessere Radverkehrswege innerhalb der Ortschaften und zwischen den Städten.

KA Madeia bekräftigt Dank und Freude über das Konzept, durch das viele Beteiligte in eine gemeinsame Richtung gebracht werden, um über 800 Einzelmaßnahmen durch Neubau oder Bestandsverbesserung umsetzen zu können. Das Konzept sei hervorragend geeignet, um die Sicherheit, Leichtigkeit und Durchlässigkeit der verkehrlichen Strukturen für den Radverkehr zu optimieren, wobei nur der kleinste Teil in Kreisträgerschaft realisiert werden könne. Ergänzende bzw. weitere Maßnahmen aufzusetzen, sei immer noch möglich. Das Konzept aber rundweg abzulehnen, bewertet er als fachlich völlig unbegründet und als Mangel an Respekt vor der geleisteten Arbeit.

KA Kuchler pflichtet diesen Bewertungen bei und kann die Kritik von KA Küppers nicht nachvollziehen. Sie sei sehr verwundert, dass von der Gruppe PIRATEN keine konkreten Ände-

rungswünsche im Fachausschuss eingebracht worden seien und weist darauf hin, dass die Suche nach sicheren Radwegen im Kreis als dem am dichtesten besiedelten Kreis Deutschlands ausgesprochen anspruchsvoll sei.

Auch KA Schulte schließt sich den vorherigen Ausführungen an. Es hätten sich mehr als 1.100 Bürgerinnen und Bürger mit Eingaben beteiligt – insofern bilde das Konzept zweifellos auch ein großes Maß an bedarfsbezogenen Bewertungen aus der fahrrad-fahrenden Bürgerschaft ab. Ein über die Jahre – aus dem Blickwinkel der Fahrradfahrenden – sorgfältig entwickeltes Konzept insgesamt abzulehnen sei kein guter Weg, um Akzente zu setzen. Wenn alle Entscheidungsverantwortlichen in dieser Weise denken würden, könne für den Fahrradverkehr nichts erreicht werden. Die Herausforderungen für die Umsetzung seien ohnehin groß, so dass von politischer Seite definitiv kein Sand im Getriebe gebraucht werde.

KA Joseph freut sich über die gute Arbeit von Verwaltung beziehungsweise Agentur und sieht darin große Fortschritte auf dem Weg einer Verbesserung der Radfahrsituation. Er empfiehlt, Anwohnerinnen und Anwohner frühzeitig mitzunehmen, wenn die Reduzierung von Parkraum drohe.

KA Köster-Flashar äußert ihr Unverständnis über das „Nein“ der Gruppe PIRATEN zur Vorlage. Es hätte in vielen Phasen die Chance zur konstruktiven Mitarbeit gegeben; die pauschale Ablehnung sei ein sehr ungeschicktes Vorgehen. Auch KA Hagling und KA Thomas konnten die Einbringung der Gruppe PIRATEN im Rahmen der Vorberatungen nicht registrieren und zeigen kein Verständnis für die Ablehnung des Konzeptes.

KA Küppers verstehe den Unmut aus allen Fraktionen; er habe diesen Aufschrei allerdings durchaus produzieren und seinen Finger in die Wunde legen wollen. Immer wieder sei eine stärkere Entkoppelung von Rad- und Straßenverkehr im Mobilitätsausschuss angesprochen worden, wo die Gruppe PIRATEN allerdings kein Stimmrecht besitze. Zwar enthalte das Konzept auch viele gute Ansätze, aber insgesamt bewerte es seine Gruppe – auch unter den Aspekten von Nutzungskonflikten, Parkraumvernichtung und negativer Erfahrungen in Velbert – mit klarer Ablehnung.

KA Besche-Krastl betont, dass in Anbetracht des gut ausgebauten Verkehrsnetzes im Kreisgebiet eine komplexe neue Aufteilung geboten sei, um für den Fahrradverkehr sichere und funktionell gute Bedingungen auszubauen. Es könne nicht die Lösung sein, stark zu Lasten von bisherigen Grün- beziehungsweise Landschaftsflächen durch neuen Wegebau die Flächenversiegelung zu verschärfen.

KA Dr. Stapper hebt hervor, dass ihm als Ausschussvorsitzenden die Würdigung des Radverkehrskonzeptes als ausgezeichnete Planungsgrundlage wichtiger sei als der kontroverse Diskurs mit KA Küppers. Er lobt die hervorragende Begleitung durch die Agentur und fordert dazu auf, die schwierige Umsetzung auch in den Städten wohlwollend zu unterstützen, um schnelle, sichere und effiziente Wegeverbindungen schaffen zu können. Er bittet um Abstimmung über das Konzept.

Abschließend wünscht sich KA Küppers einen fahrradfreundlichen Kreis, in dem auch andere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ihren Raum haben.

Landrat Hendele erinnert daran, dass die notwendigen Abwägungen für konkrete Umsetzungsentscheidungen je nach Straßenbaulastträger im Regionalrat, im Kreistag und in den Stadträten getroffen werden müssen.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt das sich aus der Vorlage und den Anlagen, insbesondere aus dem Abschlussbericht, ergebende Radverkehrskonzept für den Kreis Mettmann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

(bei 2 Nein-Stimmen der Gruppe PIRATEN)

Zu Punkt 13: Änderung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann; Umsetzung von Maßnahmen zur Angebotsverbesserung im ÖPNV in Langenfeld - Vorlage Nr. 61/018/2022

KA Dr. Guenther berichtet.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Der in der Vorlage dargestellten Taktverdichtung auf der Linie 206 an Wochenenden in Langenfeld wird zugestimmt.
2. Die Umsetzung von Pkt. 1 des Beschlussvorschlages erfolgt unter der Voraussetzung, dass die Stadt Leverkusen einen entsprechenden Ratsbeschluss für diese Taktverdichtung auf ihrem Bedienungsgebiet fasst.
3. Die Maßnahmen werden mit Beschlussfassung durch den Kreistag Bestandteil des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann.
4. Die konkrete betriebliche Umsetzung steht unter dem Vorbehalt einer Finanzierungszusage durch die Stadt Langenfeld.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 14: Prüfergebnis der Verwaltung zur Planung des Radweges entlang der L 239 zwischen Mettmann und Ratingen durch den Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 61/033/2022

KA Madeia lobt die schnelle Umsetzung des Prüfauftrages durch die Verwaltung und freut sich, dass der Landesbetrieb Straßenbau NRW nun endlich auch die Planung eines Radweges fokussiere. Er vermutet, dass der interne Zuständigkeitswechsel zur Regionalniederlassung Ruhr (in Bochum) bei diesem Sinneswandel eine Rolle gespielt haben mag und bittet die Verwaltung, beim Landesbetrieb beharrlich am Ball zu bleiben. Ein Vertreter von Straßen.NRW solle frühzeitig eingeladen werden, um im 4. Quartal im Fachausschuss Rede und Antwort stehen zu können. Er richtet drei konkrete Fragen an die Verwaltung, die Herr Dr. Kopp wie folgt beantwortet:

Wer macht das Planfeststellungsverfahren für den Radweg?

Antwort: Für dieses Planfeststellungsverfahren ist die Regionalniederlassung Ruhr des Landesbaubetriebes der Antragsteller und die Bezirksregierung die zuständige Genehmigungsbehörde.

In welcher Verantwortlichkeit laufen die beiden Verfahren und die Ausführung der Maßnahmen zusammen? Wer führt den Straßenausbau und Radwegebau durch?

Antwort: Spätestens mit Erlangung des Baurechtes wechselt die Zuständigkeit zur Regionalniederlassung in Bochum – bis dahin arbeiten die beiden Regionalniederlassungen in Mönchengladbach und Bochum für beide Bauvorhaben eng zusammen. Nach dem Planfeststellungsbeschluss wird sich für die verkehrsgerechte Straßensanierung noch eine ca. 2-jährige Ausführungsplanung anschließen. Es besteht daher die Möglichkeit, dass – wenn der Planungsprozess für den Radwegebau optimal verläuft – beide Baumaßnahmen zeitgleich umgesetzt werden könnten, um somit alle Synergien zu nutzen. Ob dies allerdings tatsächlich gelingt, kann heute niemand garantieren. Gleichwohl sei eine Planung wie in der Vorlage aufgezeigt in getrennter bzw. abgestufter Vorgehensweise notwendig. Tatsächlich sei in der Gesamtbewertung der Situation eine Kehrtwende bei Straßen.NRW festzustellen, wo in der Regionalniederlassung Bochum jetzt und künftig alle Fäden effektiv in einer Hand liegen sollen. Finanziell sei der Bau des Radweges noch nicht vollständig abgesichert, aber angesichts der positiven Signale (bereits Sicherung der Planungskostentragung) und fester Zusagen des Landes bestehe auf der Basis der aktuellen Gespräche ein großer Optimismus, dass die Mittel auch für den Radwegebau auskömmlich und rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden.

KA Müller betont für die FDP-Fraktion, dass der Straßenausbau prinzipiell eine höhere Priorität habe. Der Bau eines Radweges sei ein erfreulicher zusätzlicher Umstand, der allerdings nicht zu Verzögerungen bei der Straßensanierung führen dürfe.

KA Völker verleiht seinem Erstaunen – nach Lektüre der Vorlage – deutlichen Ausdruck. Sollte das dort beschriebene aussichtsreiche Szenario Realität werden, könne er den Bürgerinnen und Bürgern in Ratingen und Mettmann nicht mehr verständlich machen, was er zuvor über viele Jahre angesichts von unüberwindbar erscheinenden Planungs- und Umsetzungshindernissen kommunizieren musste.

Auch KA Besche-Krastl zeigt sich sehr erfreut, dass bei dieser Verkehrsverbindung endlich etwas passiert. Das Ziel aller Beteiligten sollte eine in jeder Hinsicht für alle Formen der Verkehrsnutzung hilfreiche Maßnahmendurchführung „in einem Rutsch“ sein. Ein Straßenausbau ohne Radwegebau würde allerorts auf Unverständnis stoßen. Sie begrüßt eine engmaschige Begleitung durch den Mobilitätsausschuss.

Zusammenfassend sagt Landrat Hendele eine druckvolle und nachhaltige Begleitung von Planung und Ausführung durch die Verwaltung zu.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen das Prüfergebnis der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 15:	Einsatz von Naturschutz-Rangern im Kreis Mettmann hier: Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen - Vorlage Nr. 61/034/2022
---------------------	--

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die Vorlage – wie interfraktionell abgestimmt – ohne Vorberatung im zuständigen Ausschuss für Klima-, Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz unmittelbar in den Kreisausschuss eingebracht worden sei, da ein schnelles Handeln hinsichtlich des Vertragsabschlusses gefordert gewesen sei.

KA Madeia bringt seine Freude über die Vorlage dankbar zum Ausdruck. Durch die Realisierung von Naturschutz-Rangern könne ein Stück weit eine Aussöhnung zwischen Besucherinnen und Besuchern und der Natur stattfinden.

Mit Blick auf die Steuergesetzgebung fragt KA Küchler, ob es rein rechtlich möglich sei, die Planstellen zu splitten, sodass 1,5 Stellen beim Landesbetrieb Wald und Holz und 0,5 Stellen beim Kreis verortet werden, um derart die Umsatzsteuerproblematik zu umgehen.

Landrat Hendele entgegnet, dass ein solches Vorgehen – unabhängig von der Umsatzsteuerproblematik – die Übernahme der gesamten Organisations- und Personalverantwortung für den Kreis bedeuten würde. Dies stehe in keiner Relation zum möglichen ‚Gewinn‘.

Herr Dr. Kopp ergänzt, dass der Kreis pro Arbeitskraft 17.000 € zu zahlen habe; bei einer Beschäftigung des Personals über den Kreis würden die Gesamtkosten höher ausfallen. Für den Kreis sei das Angebot des Landesbetriebs Wald und Holz – trotz der Umsatzsteuer – preislich sehr attraktiv.

KA Lessing begrüßt die Vorlage und den damit verbundenen Naturschutz sehr. Er betont, dass die Ranger mit ordnungsbehördlichen Rechten ausgestattet werden sollen; dies erfordere eine verwaltungsseitige Prüfung nebst Abstimmung und Klärung mit den kreisangehörigen Städten.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, einen Kooperationsvertrag mit dem Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen zum Einsatz von Rangerinnen / Rangern im Kreis Mettmann abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 16: Förderprogramm Stecker-PV-Anlagen im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 71/004/2022

KA Dr. Guenther berichtet.

KA Prof. Dr. Bommermann kündigt an, dass die AfD-Fraktion ihr Abstimmungsverhalten aus den vorberatenden Gremien weiter fortführen werde.

KA Ernst bedankt sich für die durch die Stabsstelle Klimaschutz erarbeitete Vorlage, welche – eine positive Beschlussfassung vorausgesetzt – eine tolle Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Beteiligung am Klimaschutz biete.

KA Madeia weist auf die passable Grundauslastung der Stecker PV-Anlagen und die gute Möglichkeit für eine Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger zur Energieerzeugung hin.

KA Küchler begrüßt die Initiative ebenfalls und schließt sich den Ausführungen von KA Madeia an. Unter Verweis auf die Beratungen im Ausschuss für Klima-, Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz, aus welchen die Prüfung mit dem Kreissozialamt resultiere, wie auch sozial benachteiligte Menschen eingebunden werden können, fragt sie, ob bereits Prüfergebnisse vorliegen.

Herr Dr. Kopp antwortet, dass ein Prüfergebnis noch nicht vorliege. Dieses werde – nach Abstimmung mit Herrn Kowalczyk – im Sozialausschuss oder im Ausschuss für Klima-, Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz präsentiert.

KA Köster-Flashar regt an, dass die beiden Beratungsstellen bei den Verbraucherzentralen im Kreisgebiet mit in die Überlegungen einbezogen werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Förderprogramm für Stecker-PV-Anlagen, gemäß den in der Sachverhaltsdarstellung erläuterten Konditionen, umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

(bei 4 Enthaltungen der AfD-Fraktion)

Zu Punkt 17: Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Caritasverband für den Kreis Mettmann
- Caritas Stromsparcheck
- Vorlage Nr. 71/005/2022

KA Madeia befürwortet das Angebot, da sich dieses auch an Menschen richte, die ihre Energiekosten nicht unmittelbar selbst bezahlen müssen und bei ebendiesem Personenkreis derart ein Bewusstsein für ein Energiesparen geschaffen werden könne.

KA Schulte weist darauf hin, dass das Projekt Gegenstand überregionaler Presseberichterstattung gewesen sei, in welcher beachtliche Einsparmöglichkeiten für Menschen geringerer Einkommensklassen herausgestellt worden seien. Allerdings sei hervorzuheben, dass sich gerade dieser Personenkreis seltener energiesparendere Geräte leisten könne. An diesem Punkt sei zu gegebener Zeit anzusetzen, um Abhilfe zu schaffen.

KA Küchler begrüßt die Vereinbarung, gibt KA Schulte vollumfänglich recht und verweist auf die Notwendigkeit eines weitergehenden Handelns.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Förderung des Caritas Stromsparchecks eine Kooperationsvereinbarung mit dem Caritasverband für den Kreis Mettmann abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 18: Begrünung von Bushaltestellen
Hier: Anregung vom 05.12.2021 gemäß § 21 KrO NRW i.V.m § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates
- Vorlage Nr. 01/007/2022/1

KA Madeia berichtet über die Beratungsfolge der Vorlage.

KA Schulte schlägt hinsichtlich der in der Anregung angeführten Beschilderung vor, dass gegebenenfalls QR-Codes, welche auf eine Informationsseite führen, zur Information der Bürgerinnen und Bürger an den Bushaltestellen angebracht werden; diese seien von Vandalismus weniger betroffen als besondere Tafeln.

KA Kuchler weist auf vielerlei Informationstafeln hin, welche keinem Vandalismus unterliegen. Mithin könne der Kreis eine gewisse Vorbildfunktion einnehmen, indem er auch über die Dachbegrünung hinausgehend für Insekten Nahrungs- und Nistangebote schaffe. Sie bittet die Vertreterinnen und Vertreter, die in den entsprechenden Gremien (VRR) vertreten sein, für solche Initiativen zu werben.

KA Kanschätsch bedankt sich beim Kreisjugendrat für die Anregung und findet die verschiedenen angesprochenen Informationsangebote unterstützungswürdig.

KA Ehlert verweist auf die Beratungen in der Sitzung des Bauausschusses. Bei den zur Rede stehenden Haltestellen in Kreiszuständigkeit handele es sich um Wartehäuschen, welche sich außerorts befinden, wenig publikumsfrequentiert und somit stärker von Vandalismus betroffen seien. Er sehe einen Ansatzpunkt eher bei den städtischen Haltestellen.

Landrat Hendele sagt zu, dass ein solches (digitales) Informationsangebot im Rahmen des Internet-Relaunchs der Kreisverwaltung mit aufgenommen werde.

KA Prof. Dr. Bommermann macht seine Irritation darüber deutlich, dass nunmehr ein Beschluss über eine Thematik gefasst werde, hinsichtlich welcher letztlich keine Veränderung zum Ist-Zustand beschlossen werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Anregung des Kreisjugendrates wird insoweit nachgekommen, als dass die Punkte 1 und 3 der beigefügten Anregung bereits umgesetzt werden.

Der Anregung des Kreisjugendrates wird insoweit nachgekommen, als dass der Punkt 2 der beigefügten Anregung für neu erstellte Wartehäuschen bereits umgesetzt wird.

Der Punkt 4 der Anregung des Kreisjugendrates wird nicht nachgekommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 19: Änderung der Satzung des Jugendrates des Kreises Mettmann (Kreisjugendrat)
Hier: Anregung vom 26.04.2022 gemäß § 21 KrO NRW i.V.m § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates
- Vorlage Nr. 01/013/2022

KA Madeia lobt die Anregung, welche das vorausschauende Handeln des Kreisjugendrates belege.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die in der Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung des Jugendrates des Kreises Mettmann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 20: Nachträge

Keine.

Vor Eintritt in die Beratungen des nichtöffentlichen Teils der Sitzung stellt Landrat Hendele die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 18:49 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Nico Hüsgen